

Stellungnahme des Wagenplatzes Rad*Aue zur Räumungsaufforderung durch KSJ/den OB

Die Sitzung des Jenaer Stadtrats im September brachte eine große Zustimmung für den Erhalt des Wagenplatzes in der Stadt – auch am jetzigen Standort, hier an der Saale. Damit haben wir, durch jahrelange Arbeit, auf dieser Ebene politisch erreicht, was in Jena möglich ist. Auch innerhalb des Ortsteils und unter den Nachbar/inne/n kamen in den letzten Wochen deutlich positive Signale für den Erhalt des Platzes.

Noch während der Stadtratssitzung verkündete der amtierende OB, dass er eine positive Abstimmung nicht umsetzen würde/könne. Seitdem haben wir aus der Stadtverwaltung nichts mehr gehört und Informationen nur mehr aus den lokalen Medien entnehmen dürfen. Erst bei der Bürgerversammlung des Ortsteils Lößstedt vor einer Woche haben wir aus dritter Hand erfahren, dass das Rechtsamt zum Duldungsende am 31. Oktober für eine Räumung des Platzes sorgen wird. Ende letzter Woche wurden Briefe von KSJ an den Vorstand des Vereins Auf Achse eV geschickt; den Bewohner/inne/n wurde nie eine Aufforderung zur Räumung zugestellt.

Warum sind wir, abgesehen von dieser kurzen Frist zur Räumung, immer noch da?

Erstens möchten wir festhalten, dass wir das beschriebene Vorgehen als unter aller Sau empfinden, nachdem wir uns jahrelang um eine gute Kommunikation mit der Stadtverwaltung bemüht haben. Wir waren es, die versucht haben, einen Termin beim OB noch im Oktober zu erreichen, um über das weitere Vorgehen gemeinsam mit ihm beraten zu können.

Darüber hinaus halten wir die Räumungsaufforderung für zumindest juristisch fragwürdig und haben eine rechtliche Überprüfung in die Wege geleitet. Diese dauert einige Zeit, die uns nicht eingeräumt wurde und die wir uns jetzt selbst nehmen müssen. Denn wir sehen uns nun gezwungen, zu verhindern, dass hier und heute Fakten geschaffen werden, die wir nicht wieder rückgängig machen können.

Denn, drittens, und in unseren Augen am wichtigsten:

Wir haben aus der Richtung des OB zugetragen bekommen, dass er eine Entscheidung über den Verbleib der Rad*Aue an das Land Thüringen abgeben wolle. Dazu gibt uns Formulierung in der Räumungsaufforderung, dass eine weiterer Verbleib des Wagenplatzes Am Steinbach von vornherein ausgeschlossen wird, allen Grund, anzunehmen, dass die Jenaer Stadtverwaltung und ihr Chef, OB Nitzsche, keinen Anlass sehen, nach Legalisierungsmöglichkeiten für die Rad*Aue zu suchen. In anderen Worten: Gilt der Text der Räumungsaufforderung, würde der OB dem Beschluss des Stadtrats zuwider handeln und damit einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Verwaltungsrecht begehen. Eine solche Ignoranz demokratischer Entscheidungen können wir nicht hinnehmen. Dabei ist dem OB völlig bewusst, wie die Legalisierung der Rad*Aue umzusetzen wäre: "Eine Möglichkeit wäre, im Flächennutzungsplan ein Sondergebiet auszuweisen. Aber das will ich nicht [...]" (Thomas Nitzsche, OTZ, 22.9.2018)

An dieser Stelle bedanken wir uns bei den Mitgliedern des Stadtrats für ihre positive Abstimmung für einen Wagenplatz in Jena. Wir bedanken uns bei unseren NachbarInnen, der ÜAG und den BewohnerInnen von Lößstedt für ihre Unterstützung und ihre öffentlichen Statements. Und wir bedanken uns bei den Menschen, die heute gekommen sind, um ihre Unterstützung zu zeigen.